

Im Schatten der Linde

E. Taverna

Nahe am hundertjährigen Stamm war eine Sitzbank mit freier Sicht auf das Dorf und die nahen Hügel. Wenn der Baum blühte trug der Talwind den süßen Lindenduft bis zu den Wohnhäusern. Es war ein Ort der Stille, mit brausenden Bienenschwärmen, mit auf- und abschwellendem Blätterrauschen und begleitendem Kuhgebimmel. Jetzt ist die Linde weg, der nahe Weg geteert und an ihrer Stelle um einen Ausweichplatz verbreitert. Weniger Honig und weniger Schatten, dafür mehr Gras, mehr Strasse und einige Ster Holz. Wer will das schon gegeneinander aufrechnen; die Empörung hält sich in Grenzen, es hat ja noch andere Bäume, die weniger stören.

Mit Fun und Fitness ...

Vom Holz kommt auch das Papier mit den Visionen des «Aktionsplans Umwelt und Gesundheit» (APUG). Die Hälfte der vierzehn Massnahmenbereiche hat direkt mit dem Verkehr zu tun. Die Pläne bescheren uns, neun Jahre nach Rio, immer noch Oberziele und Teilziele, Massnahmen und Kampagnen, Deklarationen und Strategien, Datenbanken und Analysen. Bürger und Behörden werden animiert, sensibilisiert und evaluiert, das steigende Problembewusstsein jährlich in Prozentzahlen festgehalten. Niemand wird sagen können, dass er oder sie nicht informiert war.

Hier im Osten erarbeiten die Bodenseekonferenzen aller Anrainer «umwelt- und sozialverträgliche» Leitbilder. Auch der Kanton am Alpstein, wo die Linde ihren Schatten warf, entwickelt Konzepte und appelliert an die Bevölkerung: «Verzichten Sie wo immer möglich aufs Auto.» Die Projekte sehen vor, dass die Kapazität der Strassen und der Individualverkehr nicht mehr zunehmen, Erwerbstätige mit umweltfreundlichen Mitteln zur Arbeit kommen und der Ausflugsverkehr verstärkt mit öffentlichen Mitteln bewältigt wird. Dem Schutz der Umwelt sollen marktkonforme Instrumente dienen, wie Lenkungsabgaben und ein Schulunterricht, der eine ideelle Form von Lebensqualität zum Ziel hat. Dass erst die Abwanderung der Lehrkräfte zur längst fälligen Lohnanpassung führte, sei nur am Rande vermerkt.

... in den Kollaps

Das Baudepartement hat am meisten Geld. Es sorgt dafür, dass die kantonalen Strassen mit jeder «Sanierung» gerader und breiter werden. Da kommen die Fahrradwege gerade recht. Niemand lässt deswegen sein Auto stehen, aber die Farbmarkierungen sind als Mittel zur Verbreiterung der Fahrbahn willkommen. Technische Massnahmen sind leichter umzusetzen, als das Denken der Wähler zu verändern. Wer eine Initiative für 12 autofreie Sonntage lanciert, wie soeben geschehen, gilt als politisch bedenklich und tut gut daran, auf eine Ehrverletzungsklage zu verzichten. Baudirektoren und Polizeikommandanten tadeln den Alleingang, befürchten eine Flut von Ausnahmebegehren, sehen nur Schwierigkeiten, warnen und winken ab. Eine Jungpartei gibt sich belustigt und macht die Idee der Initianten lächerlich. Fast gleichzeitig berichten die Zeitungen über gigantische Bauvorhaben rund um den Bodensee. Auch die Schweizer Seite zieht kräftig mit. Die Euregio-Vordenker überbieten sich gegenseitig im Monopolspiel der Hotels, Spielcasinos, Kinos, Restaurants, Verkaufsläden und Strassenbauten. Investoren und Gemeindepräsidenten verkünden die «Jahrhundertchance» für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Eine erste Machbarkeitsstudie befürwortet ranghohe Meinungsmacher. Bestehende Gesetze müssten halt geändert werden und bundesamtlichen Umweltvorschriften werde das flexible Projekt standhalten. Weniger ökologische Bedenken als die benötigte Konzession für ein A-Casino werden über Beton, Abgase und Lärm in der Region entscheiden. Absichtserklärungen und Sonntagsreden sind das eine, die tägliche Realität das völlig andere.

Bis 2007 sollen gemäss APUG die negativen Auswirkungen der motorisierten Mobilität wesentlich reduziert sein. Diese Frohbotschaft ist nicht nur blauäugig, sie degradiert auch die vielen lokalen Projekte zu Alibiübungen, denn Zersiedelung und Motorisierung sind seit Rio ungebremst gewachsen. Werden die Beamten entlassen, wenn das Vorhaben von BAG und BUWAL scheitert? Wer haftet, wenn die gemessenen Werte für Stickstoffdioxid, Ozon und lungengängigen Feinstaub regelmässig die gesundheitlich zulässigen Grenzen überschreiten? Werden die Grenzwerte erhöht, die Luftreinhalteverordnung abgeschafft oder die Politiker ausgewechselt? Ärzte und Ärztinnen müssen sich entscheiden: entweder engagieren sie sich aktiv gegen den Trend, oder sie halten es mit jenen schweizerischen Pharmaproduzenten, die in den USA Bushs Wahlkampf mitfinanziert haben. Die Rechnung ist für sie doppelt aufgegangen: weniger Geld für Umweltschutzaufgaben und vielleicht mehr Einnahmen aus der Schadensbekämpfung.

Die Trauer um eine gefällte Linde hilft nur, wenn sie politische Konsequenzen hat. Da auch wir autofahren, sind wir Opfer und Täter, wie unsere Patienten, wie alle Einwohner auch. Fangen wir doch einmal damit an.